

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm., 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Abrechnung am Monatsende. Die Postbestellung ist nur für den Monat März möglich. Die Postbestellung ist nur für den Monat März möglich. Die Postbestellung ist nur für den Monat März möglich.

Wilsdruff-Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10.

Nr. 63. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonntag den 15. März 1925

## Das deutsche Sicherheitsangebot.

Erklärungen des Außenministers Dr. Stresemann.

Die Öffentlichkeit erfährt nunmehr Einzelheiten über das Sicherheitsangebot, das die deutsche Regierung vor einiger Zeit in Paris, London, Rom und Brüssel hat machen lassen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann machte über diese im Mittelpunkt der außenpolitischen Erörterungen stehende Frage im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages längere Ausführungen, denen folgendes zu entnehmen ist:

Die Entstehung der deutschen Initiative in dieser Frage liegt bereits mehrere Monate zurück. Man habe an frühere Bestrebungen anderer deutscher Regierungen angeknüpft, die freilich ohne Echo geblieben seien. Jetzt, wo die Reparationsfragen durch das Dawes-Gutachten gelöst sind, habe Deutschland abermals seine

Bereitschaft zu einem Sicherheitspakt erklärt. Die deutschen Botschafter und Gesandten in Paris, London, Rom und Brüssel hätten zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland bereit sei, einem Sicherheitspakt der am Rhein interessierten Mächte beizutreten, sei es, daß er sich auf Abmachungen über Vermeidung des Krieges bezöge, sei es, daß er die Garantierung des gegenwärtigen Bestandes am Rhein zum Gegenstand hätte. Damit sei die Regierung für das deutsche Gefühl bis an

die Grenze des Möglichen gegangen, denn die Garantierung der Sicherheit der deutschen Westgrenze bedeute einen schmerzlichen Verzicht im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Geschichte und auf Erinnerungen, die allen Deutschen ewig teuer sein müssen. Aber es sei kein einseitiger Verzicht, sondern es bedeute auch den Verzicht der französischen Politiker und Militärs, die es nicht verschmerzen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland gelassen hat. Mit Genugtuung sei festzustellen, daß

der deutsche Schritt verständnisvolle Aufnahme gefunden hat. Insbesondere sei an dem ehrlichen Willen Herrriots nicht zu zweifeln. Auch der englische Außenminister habe die Bedeutung des deutschen Schrittes gewürdigt. Wenn bei allen Mächten so der gute Wille herrsche, auf der Grundlage des erstrebten Sicherheitspaktes mit Deutschland gleichberechtigt zusammenzuwirken, werde ein Weg möglich sein, um noch etwa bestehende Schwierigkeiten zu beheben.

Zur Frage des Völkerbundes äußerte sich Dr. Stresemann, daß Deutschland nicht dem Völkerbund beitreten könnte, wenn es sein Land etwa dem Durchmarsch fremder Truppen preisgeben müßte.

### Ein neuer Vertragsbruch.

Paris, 13. März. Die Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten der Kammer und des Senats haben sich gegen jedeäumung des Abkommens vor dem Inkrafttreten eines Garantievertrages der Alliierten und vor der vollständigen Entwaffnung Deutschlands ausgesprochen.

## Chamberlain — Briand — Stresemann.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 14. März. Die allgemeine Lage nach der gestrigen Aussprache in Genf wird von den Vätern nicht so günstig beurteilt, wie es ursprünglich den Anschein hatte. Der Temps sagt: Als Ergebnis des gestrigen Tages läßt sich die Absicht Großbritanniens feststellen, das Genfer Protokoll durch gegenseitige Garantieverbindungen zu ersetzen, zu denen Deutschland herangezogen werden soll. Großbritannien steht aber auf dem Standpunkt, daß ein Abkommen mit Deutschland erst nach dem verheißenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund getroffen werden kann. Ob sich aber Deutschland je dazu bereit erkläre, sei angesichts der Ausführungen Stresemanns in der Kölnischen Zeitung recht zweifelhaft. Liberté stellt fest, daß Chamberlain und Briand keineswegs in großem Gegerlag zueinander stehen. Zusammenfassend lasse sich sagen, daß sich die Auffassungen Chamberlains und Briands der Stresemannschen zu nähern scheinen.

### Briand für das Genfer Protokoll.

Eine Entgegnung auf Chamberlains Rede. Auf der Völkerbundstagung in Genf, wo der englische Außenminister Chamberlain sich gegen die Annahme des Genfer Protokolls ausgesprochen hat, trat als Vertreter Frankreichs Briand auf, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Briand versuchte das Protokoll in einer längeren Rede zu verteidigen. Frankreich, so erklärte Briand, bleibe dem Protokoll treu ergeben, aber es sei bereit, an allen Versuchen zu seiner Verbesserung durch Pakte und Allianzen mitzuwirken. Schließlich verlas Briand eine Erklärung der französi-



## Den Unvergessenen.

„Denk, mein Volk, der teuren Toten nicht.“

Der Heerschold drohte durch die Säuen — o teure Mutter, weine nicht, des Reiches Marken treu zu schützen ist unser Wille, unsere Pflicht. Dann gingen sie in heißen Haufen, die scharfe Wehr zur rechten Hand und lärmten eine feste Mauer als Wall um alles deutsche Land.

Und ob der Feind mit Eisenhagel mit Hölleflammen sie berannk sie sangen alle fromme Lieder und wankten nicht und hielten stand. Der Tod schritt wahllos durch die Reihen, er schloß sie grimmig in das Herz; doch noch im Sinken droht ihr Ausrufen: Die Deutschland hoch und allerwärts!

Wie könnten des wir je vergessen was ihre heisse Liebe tat — geborham dem Geheh und eisernd, daß fremder Fuß uns nicht zertrat. Schläft auch der Leis in fernem Erde die Seelen bannte niemand dort, und von Jahrhundert zu Jahrhundert lebt ihr in unserm Volke, unserm Wort!

Gregorius

## Die amerikanischen Schadenersatzansprüche.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.

New York, 14. März. Wie aus Washington gemeldet wird, kündigt die Schadenersatzkommission zusammen 94 Schadenersatzansprüche gegen Deutschland im Betrage von 618 000 Dollar an. 18 davon sind Ansprüche aus dem Untergang der Lusitania in Höhe von zusammen 335 000 Dollar. Die Kommission kündigt an, daß 41 Ansprüche nicht anerkannt werden.

## Gescheiterte Verhandlungen im Eisenbahnerstreik.

Im Reichsarbeitsministerium sind die Verhandlungen zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahngesellschaft vor dem Schlichter, Ministerialrat Meißner, aufgenommen worden. Die Besprechungen dauerten während des ganzen Freitags an.

Inzwischen hat sich der Streik weiter verschärft trotz der ausdrücklichen Anordnung der Gewerkschaften, vorläufig den Streik nicht weiter auszuweiten. So sind die Belegschaften mehrerer Berliner Bahnbetriebswerke in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden in Berlin betrug am Freitag 2600 gegen 1200 am Vortage. An einzelnen Stellen ist bereits die Technische Nothilfe eingesetzt worden. Einige Beamte, die sich weigerten, den Dienst der streikenden Arbeiter zu versehen, sind freilos entlassen worden.

### Ein Schiedsspruch.

Berlin, 14. März. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Lohnstreik der Eisenbahnarbeiter haben gestern in später Abendstunden zu einem Schiedsspruch geführt, der folgendes bestimmt: 1. Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Infolge des Streikes ausgewiesene Arbeiter werden spätestens bis zum 31. März wieder eingestellt. 2. Die auf die Arbeitszeit bezüglichen Paragraphen des Lohnarbeitsvertrages treten mit Wirkung vom 1. März wieder in Kraft, ebenso die Vereinbarungen zu § 3 des Lohnarbeitsvertrages. Die Arbeitszeitregelung ist bis zum 31. Oktober 1925 un kündbar. Durch einen Ausnahmefall, der spätestens in der zweiten Hälfte des April zum Ausdruck kommen soll, soll geprüft werden, welche Verkürzungen für die meisten Personalgruppen ohne Verringerung der Rentabilität der Reichsbahn möglich sind. 3. Die gekündigten, auf den Lohn bezüglichen Paragraphen des Lohnarbeitsvertrages werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt. Für die Zeit vom 1. bis 14. März 1925 gelten die früheren Löhne. Mit der Wirkung vom 15. März ab wird der Grundlohn der höchsten Altersstufe um 2 Pfennige erhöht, die Grundlöhne der übrigen Altersklassen erhöhen sich entsprechend. Die Lohnregelung kann erstmalig am 30. Juni dieses Jahres gekündigt werden. Erklärungsfrist bis Dienstag, den 17. März einschließlich.

## Die preussische Regierungskrise.

n. Berlin, 13. März.

Ministerpräsident Marx führte erneute Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung. Zu der Frage der Bildung eines Kabinetts, das sich zusammensetzt aus je einem Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, im übrigen aus „Beamten“, die der Volkspartei und der Sozialdemokratie nahestehen, erklärte der Führer der deutschnationalen Fraktion, Abg. Graef-Aulmann, daß er diese Anregung seiner Fraktion unterbreiten werde. In einer Besprechung mit den Demokraten zur Frage der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts wurde vom Abg. Hall erwidert, daß seine Fraktion bestimmten Vorschlägen entgegenstehe. Von der Britisch-asiatischen Vereinigung wurde durch ihren Führer, den Abg. Lauenborn, die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts begrüßt und erneut eine Bildung auf der Grundlage der Weimarer Koalition abgelehnt. Auch die Deutsche Volkspartei steht dem Vernehmen nach wie bisher der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts sympathisch gegenüber. Eine Nachricht, nach der die deutschnationalen jedes Kabinetts ablehnen wollten, das in irgendeiner Verbindung mit den Sozialdemokraten stünde, wird von der Deutschen Tageszeitung als unrichtig bezeichnet. Die deutschnationalen Landtagsfraktion habe überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt. Ob allerdings die deutschnationalen auf den Vorschlag von Marx eingehen könnten, müsse recht zweifelhaft erscheinen.

### Winterwetter überall.

Verkehrsstörungen infolge des Schneefalles. Nach den vorliegenden Meldungen sind in den letzten Tagen in allen Teilen Deutschlands Schneefälle erfolgt; namentlich scheint Westdeutschland stark davon betroffen zu sein. So heißt es in einer Meldung aus Dortmund: Nachdem in den letzten Tagen schon leichte Schneefälle erfolgt waren, setzte erneut ein außerordentlich dichtes